

Parlamentarischer Abend von dbb und Richterverband Schleswig-Holstein Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes stärken und Wertschätzung für die Mitarbeiter zeigen!

Unter dem Motto „*Öffentlicher Dienst 2017 bis 2022 – Wohin führt uns die neue Legislatur?*“ richteten der Deutsche Beamtenbund (dbb) und der Richterverband Schleswig-Holstein am 7. September ihren alljährlichen Parlamentarischen Abend im Kieler Yachtclub aus.

In Anwesenheit von Ministerpräsident Daniel Günther, Innenminister Hans-Joachim Grote, Justizministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack (alle CDU) sowie zahlreicher Landtagsabgeordneter aller Fraktionen entwickelte sich im Rahmen

einer Podiumsdiskussion ein reger Meinungsaustausch.

Im Publikum konnten die Gastgeber Dr. Wilfried Kellermann (Vorsitzender des Richterverbandes Schleswig-Holstein) und Kai Tellkamp (Landesbund-

Personalmangel klagenden öffentlichen Dienstes im Land endlich wieder zu stärken. Das müsse unter anderem durch eine Steigerung der Attraktivität des Arbeitgebers – Land Schleswig-Holstein – geschehen, denn man müsse sich ver-

Applaus vom Publikum des vollbesetzten Saales darauf hin, dass es für die Verantwortungsträger im neuen Kieler Kabinett an der Zeit wäre, über eine Wiedereinführung des sogenannten Weihnachtsgeldes sowie einer Absenkung der Wochenarbeitszeit für Beamte nachzudenken.



© DPoIGS-H (3)

> Unter den Gästen: Ministerpräsident Daniel Günther, Justizministerin Dr. Sütterlin-Waack und Innenminister Hans-Joachim Grote

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0171.2745289
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de

DPoIG S-H bei facebook:
www.facebook.com/dpolg.sh



ISSN 0937-4841

vorsitzender des dbb) zudem zahlreiche Vertreter aus Polizei, Justiz, Lehrerschaft sowie Finanz- und Kommunalverwaltung begrüßen. Für die DPoIG ließen es sich die Mitglieder des Geschäftsführenden Landesvorstandes, Torsten Gronau, Frank Hesse und Thomas Nommensen, nicht nehmen, dieser Veranstaltung zu dem hochaktuellen Thema beizuwohnen.

In seinen Begrüßungsworten wies Kai Tellkamp darauf hin, dass es angesichts des Regierungswechsels in Kiel sowie „voller Kassen“ bei der Finanzministerin höchste Zeit sei, die Funktionsfähigkeit des chronisch überlasteten und unter

stärkt dem Wettbewerb um die „besten Köpfe“ auf dem Ausbildungsmarkt stellen.

■ Attraktivität des Öffentlichen Dienstes und Wertschätzung für die Mitarbeiter

Die Steigerung der Attraktivität, aber auch zwingend notwendige Wiederherstellung der Wertschätzung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung sei laut Tellkamp nicht zu trennen von einer verfassungskonformen und amtsangemessenen Besoldung, die die neue Landesregierung unbedingt gewährleisten müsse. In diesem Zusammenhang wies Tellkamp unter dem

Ministerpräsident Daniel Günther nahm in seiner anschließenden Rede diesen Hinweis auf und betonte, dass sich die „Jamaika-Koalition“ über die Verantwortung, die man für einen funktionsfähigen öffentlichen Dienst im Land habe, durchaus bewusst sei. Auch der Umstand, dass die Bereiche Innere Sicherheit und Polizei im Koalitionsvertrag von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen deutliche Schwerpunkte bilden, sei laut MP Günther ganz bewusst gewählt und völlig zu Recht so formuliert worden. Gerade nach den Gewaltexzessen gegen Polizeibeamte beim zurückliegenden G20-Gipfel in Hamburg und einer entspre-



> Ministerpräsident Daniel Günther (CDU)



> Tobias Koch (CDU), Beate Raudies (SPD), Andreas Tietze (Bündnis 90/Die Grünen), Lars Harms (SSW), Christopher Vogt (FDP), Claus Schaffer (AfD) (von links)

chend hohen Belastung und Gefährdung der Einsatzkräfte sei dies als Signal an die Polizei zu verstehen. Die Personalverstärkung von 500 zusätzlichen Polizeibeamten bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode sei ebenfalls ein unverzichtbarer Faktor, so Günther.

Man sei sich in der Landesregierung aber auch darüber bewusst, dass ebenso eine personelle Verstärkung der überlasteten Staatsanwaltschaften und Gerichte im Land zwingend notwendig und wichtig sei.

■ Weihnachtsgeld und Wochenarbeitszeit für Beamte wieder auf die Tagesordnung setzen

Mit Blick auf die Forderungen von Tellkamp nach einer Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes und etwaigen Reduzierung der Wochenarbeitszeit für Beamte ergänzte Günther, dass er bei der Wochenarbeitszeit aus rein rechnerischen Gründen trotz eines derzeit vollen Steuersäckels keinen Spielraum sehen würde. Denn angesichts von etwa 57 000 Beschäftigten in der Landesverwaltung würde selbst eine Reduzierung von nur einer Stunde Löcher im Personalhaushalt aller Ressorts reißen, die nicht zu kompensieren wären.

Beim Thema Weihnachtsgeld hingegen zeigte der Ministerpräsident sich verhandlungsbereit und sagte zu, dass sich

nach den Plänen der Koalition in den kommenden Jahren eine Verbesserung für die Mitarbeiter ergeben würde. Günther bekannte sich zudem ausdrücklich zum Berufsbeamtentum und gegen die Einführung einer Bürgerversicherung.

Aus dem Kreis des Geschäftsführenden DPoIG-Landesvorstandes wurde der Ministerpräsident bei der sich anschließenden Diskussion dann zu dem sowohl im Landtags- wie auch im Bundestagswahlkampf allorten plakatierten CDU-Wahlslogan „Der Polizei den Rücken stärken“ befragt. Konkret: Wie gedenkt der neue Kieler Regierungschef diese Aussage mit Leben zu erfüllen und welche Maßnahmen sind derzeit geplant?

■ Innere Sicherheit und Polizei Schwerpunkte des Koalitionsvertrages – mehr Personal und Beförderungen, bessere Präsenz der Polizei in der Fläche, zweite Einsatzhundertschaft

MP Günther erwiderte, dass es ihm vordergründig darum gehe, der Polizei mehr Wertschätzung für ihre schwere und verantwortungsvolle Arbeit zukommen zu lassen. Die neue Landesregierung würde sich bei Problemen nicht „abducken“. Auf weitere Nachfrage ergänzte er, dass es bereits im Jahr 2018 ein erstes Beförderungspaket geben würde, man sich für eine deutlich bessere Prä-

senz der Polizei in der Fläche sowie auch für eine zweite „stehende“ Einsatzhundertschaft zur Entlastung des Einzeldienstes einsetzen werde.

Bei einer sich anschließenden Podiumsdiskussion, welche gewohnt souverän wie auch pointiert von Gerrit Derkowski (NDR) moderiert wurde, stellten sich für die Landtagsfraktionen die Abgeordneten Tobias Koch (CDU), Beate Raudies (SPD), Andreas Tietze (Bündnis 90/Die Grünen), Lars Harms (SSW), Christopher Vogt (FDP) und Claus Schaffer (AfD) den Fragen.

Während Tobias Koch darauf verwies, dass die Jamaika-Koalition bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode etwa 1 500 zusätzliche Stellen in der Landesverwaltung schaffen werde (was einem Finanzvolumen von über 100 Millionen Euro entsprechen würde), verwies Andreas Tietze für die Grünen darauf, dass es aus seiner Sicht wichtiger sei, zunächst die Finanzen des Landes zu konsolidieren, anstatt das Geld, was man derzeit hat, sofort „mit vollen Händen“ auszugeben. Der Abgeordnete Claus Schaffer widersprach und fügte hinzu, dass aus Sicht der AfD nicht 500 zusätzliche Polizeibeamte bis 2022, sondern vielmehr 500 mehr pro Jahr erforderlich wären, um die Defizite bei der Landespolizei auszugleichen.

Christopher Vogt betonte für die FDP, dass die Innere Sicher-

heit nur durch eine uneingeschränkte Handlungsfähigkeit des Staates und damit des öffentlichen Dienstes zu gewährleisten sei.

Lars Harms vom SSW wies darauf hin, dass mit Blick auf die Arbeitszeit das Ziel sein müsse, für Beamte und Tarifpersonal gleiche Bedingungen zu schaffen. Es sei auf Dauer nicht zu vermitteln, dass Beamte einige Wochenstunden mehr arbeiten müssen als Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Eine Aussage, für die Harms verständlicherweise großen Beifall aus dem Publikum erhielt.

Die SPD-Abgeordnete Beate Raudies bezeichnete es schlussendlich und folgerichtig als „Sündenfall“, dass es im Zuge der Föderalismusreform zugelassen wurde, dass Beamte in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich besoldet würden.

Wie immer bleibt es spannend und zu überprüfen, ob die teils vollmundigen Aussagen der Politiker aus Regierung und Opposition mit Leben erfüllt und was sich womöglich als unerfüllte Versprechen kurz vor der Bundestagswahl herausstellen werden.

Der dbb und die DPoIG bleiben eng an den Themen dran!

*Thomas Nommensen,
stellvertretender
Landesvorsitzender*

Fangewalt – Letzte Chance: Kommunikation

Ein aus dem Ruder gelaufenes Fußballspiel zwischen Hansa Rostock und Hertha BSC im DFB-Pokal scheint eine Signalwirkung im Kampf gegen Fangewalt entfalten zu können.

Millionen Fernsehzuschauer sahen fassungslos die Liveübertragung dieser Partie, in der alle Facetten tumber Fangewalt zu betrachten waren. An dem Abend gab es keinen Zweifler, dass der DFB erneut schwere Kollektivstrafen aussprechen wird.

Aber es kam anders. Der DFB gab bekannt, mit den Fanorganisationen erneut ins Gespräch kommen und bis auf Weiteres auf Kollektivstrafen verzichten zu wollen.

Dieser diplomatisch richtige Weg führte zu unterschiedlichen Reaktionen in den Fanlagern. Einige verweigerten sich mit ihrer „Scheiß DFB“-Maxime, während andere (hoffentlich die Mehrheit) die Chancen

der Kommunikation sehen. Es bleibt zu hoffen, dass DFB und Fans den Dialog konstruktiv und auf Augenhöhe führen.

Gerade die Ultras in den Vereinen werden vor einer Nagelprobe stehen, denn auf sie wird es ankommen, ob es gelingt, den Bodensatz gewalttätiger Straftäter zu isolieren und anschließend notfalls auszuschließen. Die Ultragruppierungen sind diejenigen, die derzeit den Krawallbrüdern Schutz und Bühne liefern. Sie dulden und protegieren vereinschädigendes Verhalten und bezeichnen sich gleichzeitig als die „wahren Fans“.

Der Dialog mit dem DFB und damit auch mit den Vereinen bietet die Chance, eigene Vorstellungen und Forderungen zu platzieren, sich zeitgleich aber als verlässlicher Partner zu zeigen. Hass, Gewalt und Rassismus dürfen dabei ausdrücklich keinen Platz in den Stadien haben. Mit Bedauern

ist festzustellen, dass natürlich sofort im Wahlkampfmodus befindliche Politiker das Thema für sich ausschlichten wollen und Partei ergreifen. Das ist zu diesem Zeitpunkt kontraproduktiv, weil es die sowieso schon komplizierte Gesprächsbasis noch verschlechtert.

Fakt ist, dass diese Gespräche zum Erfolg verdammt sind. Eine Verstärkung von Gewalt, Hass und Rassismus in Stadien kann nicht akzeptiert werden. Der Ritt auf der Rasierklinge, den viele Vereine veranstalten, indem sie zum einen Ausschreitungen empört verurteilen, aber andererseits dann doch die verantwortlichen Fangruppen hofieren und auf deren Eintrittsgelder und Stimmungseffekte nicht verzichten möchten, wird nicht dauerhaft funktionieren.

Die fußballbegeisterte Gesellschaft will einen sauberen Sport, in dem auch berechtigte Kritik an Geschäftsmodellen erlaubt

sein muss. Krawall, Schlägereien, unkontrollierte Pyrotechnik, verwüstete Fanzüge, all das hat im Fußball aber nichts zu suchen. Am Rande der Nationalmannschaft haben wir in wenigen Tagen die zwei Gesichter der deutschen Fankultur gesehen. Tumbe Rechtsradikale beim Spiel in Prag und ein tolles Fanfest wenige Tage später in Stuttgart.

Nun ist Schleswig-Holstein nicht das Kernland des Profifußballs, trotzdem sind die Entwicklungen auch für den hiesigen Fußball wegweisend für die Arbeit, zumindest bei Holstein Kiel und VfB Lübeck.

Die Ergebnisse sind aber auch die Basis für künftige Sicherheitskonzepte und damit auch für polizeiliche Einsatzstrategien. Je weniger Polizei im und am Stadion erforderlich ist, desto besser.

Ein Kommentar von Torsten Gronau, Landesvorsitzender

Liebe Dienstanfänger ...

....die ihr zum 1. August 2017 die Ausbildung zum Polizeibeamten/zur Polizeibeamtin bei der Landespolizei Schleswig-Holstein angetreten habt. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) heißt euch als neue Kollegen und Kolleginnen herzlich willkommen!

Mittlerweile sind einige Wochen vergangen und ihr hattet Gelegenheit, erste Erfahrungen zu sammeln und euch etwas einzuleben.

Mit Absicht und voller Überzeugung haben wir uns in den ersten drei Wochen eurer Dienstzeit mit Informationen zurückgehalten, um sicherzustellen, dass ihr euch erst einmal akklimatisieren und in der neuen Umgebung zurechtfindet. Schließlich sind die ersten Wochen aufregend genug und die Mitgliedschaft in einer Polizeigewerkschaft steht womöglich nicht ganz oben auf der Prioritätenliste.



Das Team der DPoIG stellte sich am 24. August mit großem Erfolg an der FHVD Altenholz sowie in der PD AFB Eutin vor und führte zahlreiche gute Gespräche mit interessierten Studien- und Dienstanfängern.



Eine gute Gelegenheit sich vorzustellen boten dann die Informationsveranstaltungen in Altenholz und Eutin, wo sich die verschiedenen Anbieter präsentieren konnten.

Dabei habt ihr sicher auch schon einige Unterschiede zwischen den einzelnen Gewerkschaften/Berufsvertre-

tungen festgestellt und könnt euch eine Meinung bilden.

Wer sich bisher noch nicht ausreichend über das Thema Gewerkschaft informieren konnte, hat weiterhin die Möglichkeit, sich über unser Angebot und unsere Leistungen zu informieren und nachzufragen. Für die DPoIG stehen verschiede-

ne Wege offen: Über die Homepage (www.dpolg-sh.de), Facebook (DPoIG Schleswig-Holstein), über unsere Geschäftsstelle in Kiel oder über E-Mail (dpolg-sh@t-online.de) kann man uns jederzeit ansprechen.

Unser Ansprechpartner in der PD AFB Eutin ist Kollege

Ingmar Volz (Fachlehrer im Fachbereich IV).

Auch an der FHVD Altenholz stehen wir bei regelmäßigen Infotermi- nen in der Eingangshalle für alle Fragen zur Verfügung.

Frank Hesse, stellvertretender Landesvorsitzender

Organisationsänderung in der PD Itzehoe

Polizeibezirksreviere Itzehoe und Heide fusionieren

Zum 1. Oktober 2017 wird das Polizeibezirksrevier Itzehoe aufgelöst, der offizielle Sprachgebrauch lautet: Fusion der beiden bisherigen Bezirksreviere Itzehoe und Heide am Standort Heide.

Damit ist die Umorganisation innerhalb der Polizeidirektion Itzehoe, in dessen Verlauf es in den vergangenen Jahren bereits zur Schließung von insgesamt 15 Polizeidienststellen kam, abgeschlossen.

Ursächlich für diese Neugliederung war damals hauptsächlich, dass der PD Itzehoe nach Berechnungen der AG Stellenverteilung über 40 Planstellen bei der Schutzpolizei bis 2019 abgezogen werden. Die für die Aufgaben eines Bezirksreviers zukünftig vorgesehenen Planstellen sollten für ein PBR mit zwei Standorten nicht ausreichend sein. Von daher war damals schnell klargestellt worden, dass es nur noch ein Bezirksrevier an einem Standort geben soll. Die möglicherweise negativen Auswirkungen auf die Verkehrsüberwachung in einem so großen ländlichen Bereich und über zwei Landkreise hinweg, wurden als hinnehmbar erachtet.

Nun ist also auch dieser letzte Kraftakt vollzogen, der mit teilweise sehr großen Belastungen für die Mitarbeiter, deren Dienststelle nun aufgelöst wird, verbunden war. Auch für viele nicht direkt betroffene Beamtinnen und Beamte hatte das schmerzliche Folgen.

Leider waren die Vorbereitungen für die Organisationsänderung bereits zu lange in trockenen Tüchern, sodass der Regierungswechsel mit der Zusage der jetzigen Regierung, alle geplanten Schließungen von Polizeidienststellen zu stoppen, zu spät kam!

Die DPoIG macht keinen Hehl daraus, dass auch diese Fusion für uns einen Rückzug der Polizei darstellt. Es wird dadurch zu Verschlechterungen, insbesondere im Bereich der Verkehrsüberwachung im Kreis Steinburg, kommen.

*Frank Hesse,
Vorsitzender des
Kreisverbandes Itzehoe*

> Krankenversicherung für Ehepartner von Beamten verbessert



© Thorben Wengert / PIXELIO

Wie bereits berichtet, hatte sich die dbb bundessenorenvertretung über den Petitionsausschuss des Bundestages für eine Verbesserung der Berechnungszeiten für Ehegatten, die freiwillig in der gesetzlichen Krankenkasse versichert sind, eingesetzt. Allerdings erfolglos.

Man hatte den Gesetzgeber aber sensibilisiert und blieb am Ball. Jetzt konnte einen Teilerfolg erzielt werden.

Der Bundesrat hat das Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz gebilligt. Darin wird der § 5 Abs. 2 SGB V dahingehend ergänzt, dass Kindererziehungszeiten von drei Jahren pro Kind bei der Ermittlung der erforderlichen Mitgliedszeit in der GKV (9/10-Regelung) berücksichtigt werden.

Das Gesetz ist am 1. August 2017 in Kraft getreten.

Die Krankenkassen kommen aber nicht selbstständig auf ihre Mitglieder zu. Sollte das für euch infrage kommen oder diesbezüglich Fragen im Raume stehen, wendet euch bitte direkt an die Krankenkasse, in der ihr freiwillig versichert seid.

Und noch einmal: Bevor der Ehegatte in Rente geht, bitte von der Krankenkasse noch einmal die 9/10-Regelung prüfen lassen. Eventuell fehlen nur Tage oder Monate. Dann sollte man jede Möglichkeit nutzen, doch noch in die Krankenversicherung der Rentner/-innen zu kommen.

Ernst Meißner